

Antrag Nr. 18-F-21-0021

SPD, CDU und Grüne

Betreff:

Änderung der Stellplatzverpflichtung beim Dachgeschoss-Ausbau
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.02.2018 -

Antragstext:

Die Aufstockung bzw. der Ausbau von Dachgeschossen stellen eine Möglichkeit der Innenentwicklung dar, um kurzfristig zusätzlichen Wohnraum in Wiesbaden zu schaffen. Solche Maßnahmen kommen grundsätzlich überall dort in Frage, wo dies städtebaulich verträglich erscheint. Einer konkreten Umsetzung solcher Vorhaben steht gegenwärtig jedoch häufig die sich aus der Stellplatzsatzung ergebende Verpflichtung entgegen, die infolge einer Änderung bestehender baulicher Anlagen zusätzlich erforderlichen Garagen, Stellplätze und Abstellplätze „in ausreichender Zahl und Größe und in geeigneter Beschaffenheit“ herzustellen (§ 1 der Stellplatzsatzung).

Diese Hürde für die Schaffung von Wohnraum ohne weitere Flächenversiegelung soll kurzfristig und im Vorgriff auf eine grundlegende Überarbeitung der Stellplatzsatzung abgesenkt werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest,

- a. dass ein erheblicher Bedarf zur kurzfristigen Schaffung von zusätzlichem Wohnraum in Wiesbaden besteht und dass die Aufstockung bzw. der Ausbau von Dachgeschossen ein Mittel ist, um diesen Bedarf zu lindern;
- b. dass an der Schaffung von zusätzlichem Wohnraum ein herausragendes öffentliches Interesse besteht.

Dem folgend wird der Magistrat gebeten,

bis zu einer Überprüfung und Aktualisierung der „Satzung über Stellplätze und Garagen für Kraftfahrzeuge sowie Abstellplätze für Fahrräder (Stellplatzsatzung)“ vom 14. Februar 2008 in Fällen der Aufstockung bzw. des Ausbaus von Dachgeschossen zu Wohnzwecken die sich aus der Stellplatzsatzung ergebende Pflicht zur Herstellung von Garagen, Stell- und Abstellplätzen im Rahmen einer Richtlinie und damit Selbstbindung der Verwaltung regelmäßig wie folgt zu handhaben:

§ 5 Absatz 6 der „Satzung über Stellplätze und Garagen für Kraftfahrzeuge sowie Abstellplätze für Fahrräder (Stellplatzsatzung)“ soll auch Anwendung finden für Bauvorhaben bei Bestandsbauten mit zum Zeitpunkt der Antragstellung höchstens vier Vollgeschossen, durch die mittels Aufstockung um ein zusätzliches Dachgeschoss oder mittels Ausbau eines bestehenden Dachgeschosses zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden soll. Voraussetzung hierfür ist, dass für den bereits vorhandenen Wohnraum die seinerzeit bei Errichtung erforderlichen Stellplätze nachgewiesen sind. Der Betrag zur Ablösung der Herstellungspflicht von Garagen, Stell- und Abstellplätzen soll in diesen Fällen regelmäßig und ohne eine Pflicht zur gesonderten Begründung durch den Bauantragsteller und Prüfung durch die Verwaltung auf 3.000,00 EUR je Stellplatz ermäßigt werden.

Die vorstehende Richtlinie findet Anwendung bis zur Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung über eine Änderung der „Satzung über Stellplätze und Garagen für Kraftfahrzeuge sowie Abstellplätze für Fahrräder (Stellplatzsatzung)“ vom 14. Februar 2008.

Wiesbaden, 28.02.2018

Antrag Nr. 18-F-21-0021
SPD, CDU und Grüne

Stefan Breuer
Fachsprecher
(SPD)

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU)

Dorothee Andes-Müller
Fachsprecherin
(Bündnis 90/Die Grünen)

Sven Bingel
Fraktionsreferent

Dr. Alexander Reinfeldt
Fraktionsreferent

Julia Beltz
Fraktionsreferentin